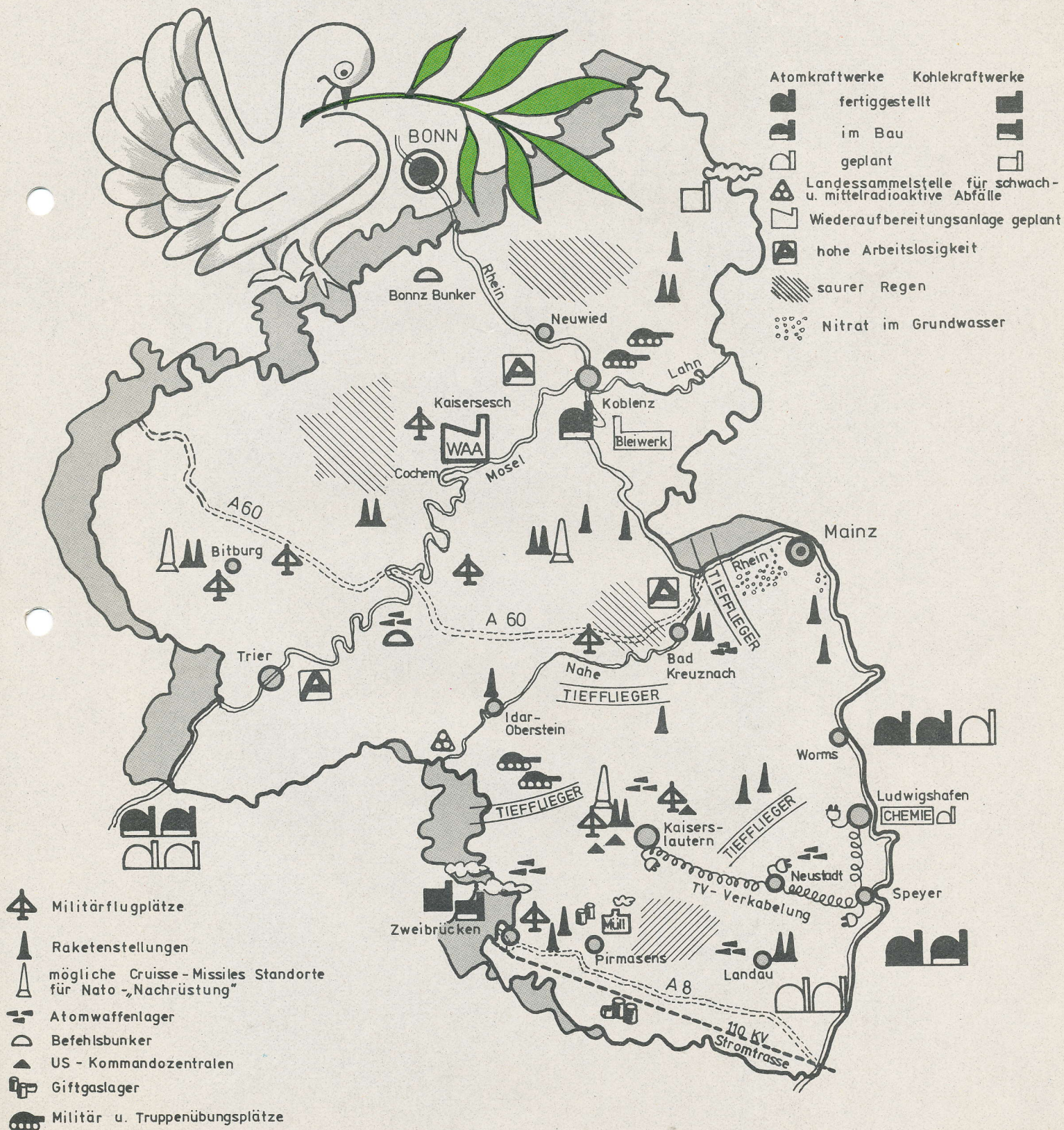




DIE.. GRÜNEN IN DEN LANDTAG...



PROBLEMLAND RHEINLAND-PFALZ

... wie die Karte auf der ersten Seite deutlich macht, ist Rheinland-Pfalz aus ökologischer und friedenspolitischer Sicht ein Problemland.

DIE GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ nennen die Probleme beim Namen und schlagen die Erneuerung der Fundamente unserer Gesellschaft vor.

Wir wollen neue Wertmaßstäbe aus der Friedens- und Ökologiebewegung in die Parlamente tragen, wie dies bereits GRÜNE Abgeordnete in vielen Landes- und Kommunalparlamenten getan haben.

Frieden

Rheinland-Pfalz gelte als der größte Flugzeugträger der NATO, erklärte Ministerpräsident Bernhard Vogel 1980. Wir müssen ihm leider recht geben. Sämtliche Kampfgeschwader der US-Luftwaffe in der Bundesrepublik Deutschland sind in unserem Bundesland stationiert: in Bitburg, Spangdahlem, Hahn, Ramstein, Sembach und Zweibrücken. Bei Büchel und Pferdsfeld sind zudem deutsche Jagdbomber stationiert. Von diesen Flugplätzen aus werden im Kriegsfall Atom-bomber gen Osten starten, während aus Dutzenden von Stellungen in Rheinland-Pfalz Atomraketen abgefeuert werden. Die Kommandozentralen für den Untergang Europas befinden sich in Ramstein, Kindsbach und Sembach.

Auch der chemische Krieg wird in unseren Wäldern vorbereitet. 2000 bis 10000 Tonnen Giftgas lagern im westpfälzischen Fischbach. Diese Menge reicht aus, die Bevölkerung Europas auszurotten. Im Krisen- und Spannungsfall wird unser Land zur Hauptzielscheibe in Westeuropa werden. In Friedenszeiten leiden wir unter dem Lärm der Tiefflieger und der Zerstörung wertvoller Natur für militärische Anlagen. So beansprucht allein der Truppenübungsplatz Baumholder 1.200 und das nach amerikanischen Angaben größte Waffenlager der Welt bei Miesau 2.400 ha Land. Auch umweltzerstörende Straßenprojekte wie das der A 60 durch Eifel und Hunsrück dienen in erster Linie militärischen Interessen. Gerade bei der A 60 ist augenfällig, welche Menge von Militäranlagen sie »zufällig« verbindet.

Rheinland-Pfalz ist in besonderem Ausmaß von den Raketenstationierungsplänen im Rahmen der NATO-»Nachrüstung« betroffen: die 96 für die Bundesrepublik vorgesehenen Cruise Missiles sollen in Wiersdorf bei Bitburg bzw. Wüschheim bei Hahn aufgestellt werden.

Die GRÜNEN Rheinland-Pfalz sind **grundsätzlich bereit, politische Verantwortung zu übernehmen.**

Die GRÜNEN Rheinland-Pfalz lehnen jede Koalition mit den jetzt im Landtag vertretenen Parteien ab. Dies bedeutet **nicht**, daß Rheinland-Pfalz **unregierbar** wird, **sondern** daß wir uns **dagegen wehren, daß dieses Land weiter kaputt regiert wird.**

Die GRÜNEN Rheinland-Pfalz wollen nicht die Krise in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik managen, sondern deren Ursachen beseitigen.

In der Bevölkerung soll nicht nur während des Wahlkampfes eine breite Diskussion über alternative Politik entstehen, sondern die Bevölkerung soll ihre Interessen selbst in die Hand nehmen. Deshalb wird sich jeder, einschließlich der im Landtag vertretenen Parteien, in erster Linie mit unserem Programm auseinandersetzen müssen.

Eventuelle **Gespräche** über eine Tolerierung einer möglichen Minderheitenregierung wollen die GRÜNEN Rheinland-Pfalz daher **öffentlich** führen.

Dabei werden die Gesprächspartner an folgenden Inhalten und Zielen der GRÜNEN nicht vorbeikommen:

- Entwicklung einer alternativen Energieversorgung, Stopp des Atomprogramms**
 - keine Inbetriebnahme des AKW Mülheim-Kärlich, kein AKW Neupotz oder andere Atomkraftwerke, keine WAA in Rheinland-Pfalz – Ausstieg aus der Atomenergieversorgung.
- Dem Rüstungswahnsinn Einhalt gebieten – keine neuen Atomraketen in Rheinland-Pfalz** (diese Forderung muß umgehend durch entsprechende Aussagen im Bundesrat und in der Öffentlichkeit durch die Landesregierung vertreten werden) Auflösung des Giftgaslagers bei Fischbach, keine Ausweitung von militärischen Sperrgebieten – Rheinland-Pfalz soll ABC-Waffenfreie Zone werden.
- Sofortprogramm gegen das Waldsterben** – Rauchgasentschwefelung aller Kraftwerke, auch mit einer geringeren Leistung als 175 MW, entsprechend dem heutigen Stand der Technik (Finanzierung durch freiwerdende Mittel aus dem Atomprogramm), bei Kraftwerksneubau Bevorzugung von Wirbelschichtanlagen und Wärme-Kraft-Kopplung.
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** durch:
 - ökologisch sinnvolle **Zukunftsinvestitionen** wie Fernwärmeausbau, Kläranlagenbau, Nutzung von Biogas in Kläranlagen, Ausbau eines attraktiven öffentlichen Nahverkehrs, Ausbau des Radwegenetzes, sozialer Wohnungsbau, Rüstungskonversion (Umrüstung von militärischen auf zivile, soziale nützliche Güter) etc.
 - Förderung alternativer Projekte
 - betriebliche Produktionsumstellung und durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit.
 Wir fordern die Verwirklichung des Rechts auf Ausbildung für alle Jugendlichen durch:
 - Verpflichtung der Unternehmen zur Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen
 - den Aufbau überbetrieblicher Lehrwerkstätten auf der Grundlage einer Ausbildungsabgabe
 - die Förderung von Ausbildungsstellen in alternativen Betrieben.
- Konkrete Maßnahmen zur Schaffung eines umfassenden **Artenschutzes, Stopp** des sinnlosen Natur- und Landschaftsverbrauchs durch Fernstraßenbau wie **A 60** (Natonachschubrollbahn) oder **A 8** und durch Maßnahmen wie die geplante **Stromtrasse durch den Pfälzer Wald.**
- Sofortige **Beendigung des Kabelfernseh-Pilotversuchs Ludwigshafen und Aufgabe aller Pläne für ein privates kommerzielles Fernsehen.**
- Vermehrte Einrichtung von Frauenhäusern in Selbstverwaltung und Pro-Familia Beratungsstellen, bestehende Frauenhäuser und Pro-Familia Beratungsstellen müssen finanziell stärker unterstützt werden.
- Revision des Polizeiverwaltungsgesetzes – insbesondere **Rücknahme von »gezieltem Todesschuß« und »Massenvernichtungswaffen«** (Granaten, MG's).
- Für das verfassungsmäßige Recht auf freie Berufsausübung und gegen Diskriminierung politisch Andersdenkender durch den Radikalerlaß bzw. Berufsverbote; für das verfassungsmäßige Recht auf Kriegsdienstverweigerung, **gegen die verfassungsfeindliche Gewissensprüfung, Diskriminierung und Kriminalisierung der Kriegsdienstverweigerer**, gegen deren »Bestrafung« durch Verlängerung des sog. Zivildienstes gegenüber dem Kriegsdienst.
- Wirksame Maßnahmen gegen die anwachsende Ausländerfeindlichkeit, Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer.
- Maßnahmen zu einer grundlegenden Umorientierung im Sinne einer **ökologischen Landwirtschaft** und eines **ökologischen Weinbaues.**
- Für artgerechte Tierhaltung, Abschaffung der tierquälerischen Massentierhaltung und Initiativen gegen in Rheinland-Pfalz durchgeführte Tierversuche.

(Beschluß der Landesmitgliederversammlung in Zweibrücken am 27./28. November 1982 und in Kaiserslautern am 22./23. Januar 1983)

DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz fordern wie die örtlichen Friedensinitiativen die sofortige Offenlegung der Stationierungsorte und damit die Beendigung des unwürdigen Katz- und Mausspiels von Regierung und NATO mit der deutschen Bevölkerung in dieser Frage (zur Verhinderung der NATO-»Nachrüstung« siehe Aussagen zu den Bundestagswahlen Seite 7/8).

Für die Schaffung von zivilen Arbeitsplätzen

Die Landesregierung geht jedesmal in die Knie, wenn NATO oder USA die Verlegung von militärischen Anlagen aus Rheinland-Pfalz anderswohin erwägen. DIE GRÜNEN wollen einen Beitrag zur Ablösung einer Wirtschaftsstruktur lei-

sten, die in erschreckendem Ausmaß vom Faktor Militär abhängt. Um von diesem ungesunden Zustand wegzukommen, werden wir im Rahmen eines »Basislernprozesses Ökonomie/Ökologie« ermitteln,

- was produziert wird
- wie sich die Produkte in ökologischer und friedenspolitischer Hinsicht sowie im Hinblick auf die Dritte Welt (Rohstoffe, Export etc.) auswirken
- welche Alternativen mit welchem Effekt für die Schaffung von Arbeitsplätzen und mit welchem Kapitalaufwand vorgeschlagen und in Gang gesetzt werden können.

Im Landtag werden wir Mittel für die beschleunigte Durchführung dieses Projekts beantragen. Wir werden dann vor allem die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Verwirklichung alternativer Produktion zu schaffen versuchen sowie darauf hinwirken, daß Hemmnisse beseitigt werden (z.B. andere Gestaltung der Stromtarife, Umlenkung staatlicher Subventionen von harter Großtechnologie zu sanften, dezentral nutzbaren Technologien).

Insbesondere die ältere Generation wird gebeten, aktiv an der Überwindung der Arbeitslosigkeit dadurch mitzuwirken, daß sie Erfahrungen aus der Vergangenheit beisteuert (z.B. was wurde hier früher produziert? welche Arbeitsplätze gab es, bevor die Region in diesem Ausmaß von militärischen Stationierungen abhängig wurde?).

Appell

Wir bitten alle Rheinland-Pfälzer, sich an den Initiativen der Friedensbewegung zu beteiligen: gegen neue und alte Raketen, gegen Giftgas und psychologische Kriegsvorbereitung, gegen den Terror, den Militärflugzeuge schon in Friedenszeiten allein durch ihren Lärm verursachen.

Computerpannen oder entnervte Befehlshaber können jederzeit die Apokalypse in Gang setzen, sie verhindern kann nur der rechtzeitige Einsatz von Millionen Menschen.

Wir werden uns in Rheinland-Pfalz an der Gründung eines Instituts für Friedensarbeit und Soziale Verteidigung beteiligen und im Landtag die Freigabe von Mitteln für Friedensarbeit und Friedensforschung fordern.

(Wir verweisen auch hier auf die ausführlicheren Darstellungen und den Aktionskatalog in unserem Landesprogramm, zu beziehen bei:

**DIE GRÜNEN
RHEINLAND-PFALZ
Landesgeschäftsstelle
Boppstraße 70
6500 Mainz**



**IN JEDEM
AUGENBLICK
SCHLÄFT NUR EIN DRITTEL IHRER
BEVÖLKERUNG. DIE BEIDEN
ANDEREN DRITTEL SIND WACH UND
RICHTEN SICHER IRGENDWO
UNHEIL AN.**

Friedensarbeit, Friedensforschung

DIE GRÜNEN setzen sich für den Abbau militärischer Rüstung und den Aufbau der Fähigkeit zur Sozialen Verteidigung ein. Das ist die Verteidigung mit nichtmilitärischen Mitteln gegen einen militärischen Angriff von innen (Putsch, Staatsstreich) oder außen (Intervention, Invasion). Diese Art der Verteidigung kann regional und dezentral am wirksamsten eingeübt und praktiziert werden, sie ist also im Gegensatz zur heutigen militärischen Planung nicht der Bundeszuständigkeit vorbehalten.

E N E R G I E

Die Fortsetzung der bisherigen Energiepolitik würde zur baldigen Erschöpfung der fossilen Brennstoffe sowie zur Vergiftung und zur radioaktiven Verseuchung unserer Umwelt führen.

In Rheinland-Pfalz sind einige Atomkraftwerke geplant oder im Bau. Noch immer ist eine Wiederaufbereitungsanlage für Atom Müll bei Keisersesch im Gespräch. Sie wird nach der Wahl oder bei »Nichtdurchsetzbarkeit« dieser Anlagen in Bayern und Niedersachsen wieder aktuell. Und das alles, ohne eine **gesicherte Endlagerung** des radioaktiven Abfalls!

Der Primärenergieverbrauch ist bundesweit in den beiden letzten Jahren um ca. 8 % gesunken. Er liegt heute niedriger als

1973. Das Energieprogramm der Landesregierung beruht trotzdem auf überalterten Wachstumsprognosen. Es geht z.B. immer noch von einer **jährlichen Stromverbrauchssteigerung von 4,5-6 %** aus!

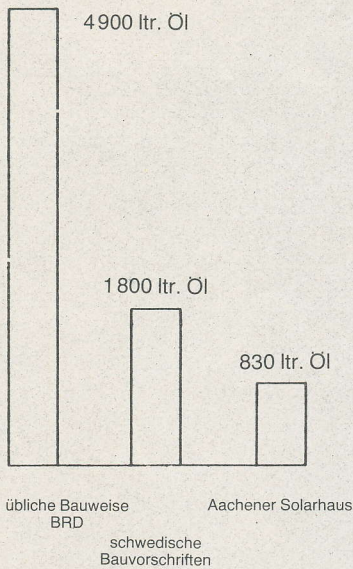
Diese Politik führt natürlich zu riesigen Kraftwerksüberkapazitäten, die vom Stromkunden bezahlt werden müssen.

Die Überkapazitäten sind heute schon so hoch, daß alle AKW's stillgelegt werden könnten und trotzdem die erforderlichen 20 % Stromreserve bleiben!

Schritte zum sanften Weg

- Entwicklung einer alternativen Energieversorgung; Förderung regenerierbarer Energiequellen, Sonne, Wind, Wasserkraft und Biogas usw.; Vorrang für kleine, dezentrale Kraft-Wärmegekoppelte Wirbelschichtanlagen.
- Stop des Atomprogramms
- Keine WAA in Rheinland-Pfalz und anderswo
- Umlegung der KFZ-Steuer auf die Mineralölsteuer (angemessener Härteausgleich bei entsprechender Gleichberechtigung von Radfahrern, Fußgängern und Benutzern des öffentlichen Nahverkehrs)

Wärmebedarf für ein Einfamilienhaus mit 116 m² Wohnfläche

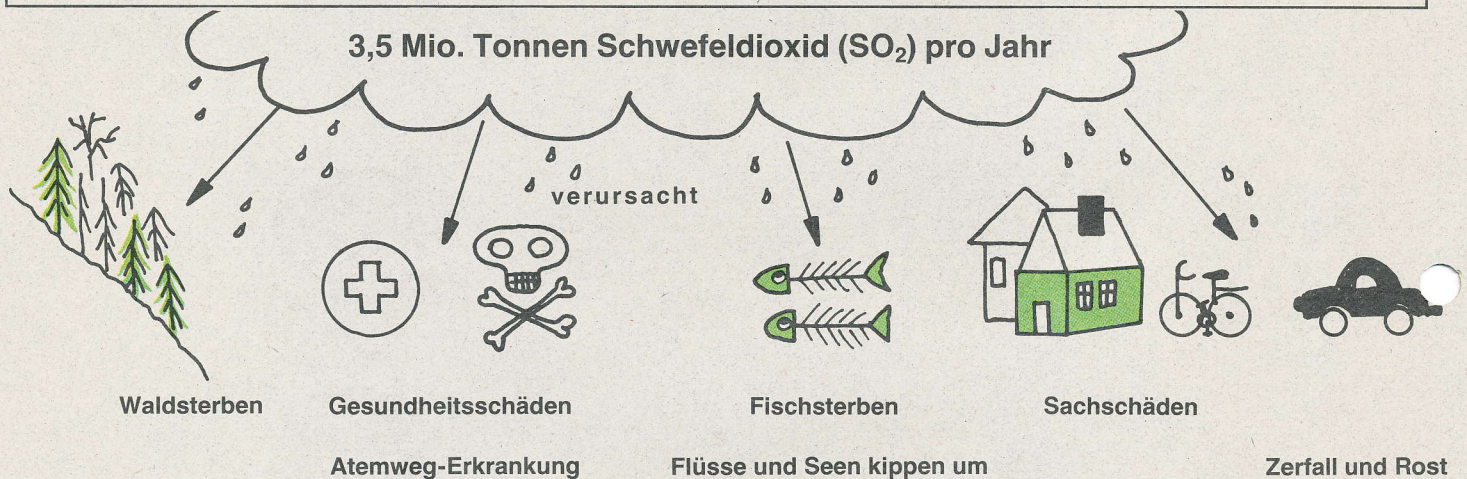


- Beendigung der Treibstoffsubventionen für die Luftfahrt und Verlagerung des innerdeutschen Flugverkehrs auf die Schiene
- Abschaffung der Billigtarife für Heizstrom und industrielle Großverbraucher
- Keine Grundgebühren oder Pauschalbeträge bei Gas und Strom. Verbrauchabhängige Kostenumlage
- Verschärfung der Wärmeschutzverordnung auf Schwedische Norm
- Genehmigung zur Einspeisung von Elektrizität in das öffentliche Netz zu angemessenen Preisen
- An Stelle von Stromwerbung soll mit den freiwerdenden Geldern für Energiesparen geworben werden.
- Wärmedämmungsprogramm Rheinland-Pfalz mit Koordination zwischen Mieterorganisationen, Hauseigentümern, Handwerkern, Ingenieurbüros und Kreditinstitutionen.



Das »Tvindkraftwerk« – Dänemarks ungewöhnlichste Windmühle

SAURER REGEN



Schwefeldioxid ist unumstritten Mitverursacher des Waldsterbens!

Maßnahmen:

- Sofortprogramm gegen das Waldsterben. Sofortiger Einbau der besten Filteranlagen in **alle** bestehenden Kraftwerke. (Kosten ca. 6 Mrd. DM, Finanzierung durch Streichung **eines** Atomkraftwerkes)
- Verstärkter Einsatz von kleinen, dezentralen Kraft-Wärme gekoppelten

Wirbelschichtanlagen, bei denen die »Abwärme« zur Heizung und Warmwasserversorgung von Haushalten genutzt werden kann.

Durch einen Gutachterstreit und verstärkte Forschung läßt sich der Wald nicht retten.

Die Atomenergie kann keine Alternative sein, denn sie ersetzt Schwefeldioxid durch radioaktive Strahlung, alte Abhängigkeit durch neue, ist viel zu teuer und setzt die Energieverschwendung fort.

SCHON HEUTE SIND IN RHEINLAND-PFALZ 6000 HEKTAR WALD KRANK (laut einer Umfrage in den Forstverwaltungen)

**WIR WOLLEN NICHT
WARTEN, BIS UNSER
WALD NICHT MEHR ZU
RETTEN IST!**

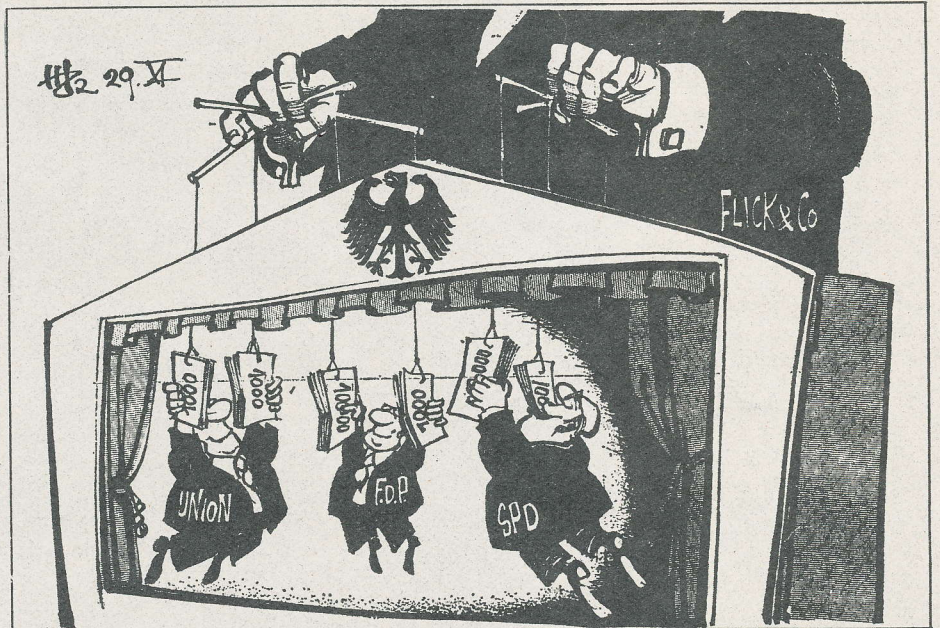
Sinnvoll arbeiten – solidarisch leben

Das menschliche Leben braucht zu seinem Bestehen und Fortbestehen auf der Erde reine Luft, sauberes Wasser und gesunden Boden; Zivilisation erfordert darüberhinaus genügend Energie und Rohstoffe. Die heute vorherrschende Wirtschaftsweise treibt Raubbau an diesen Gütern. Sie verschmutzt Gewässer und Luft, vergiftet und vergeudet Boden und Pflanzen, verschwendet unersetzbare, knappe Rohstoffe und sättigt ihren unmäßigen Energieverbrauch zunehmend durch die mit unübersehbaren Risiken behaftete Atomenergienutzung.

In Rheinland-Pfalz drückt sich diese zerstörerische Wirtschaftsweise unter anderem in Großprojekten wie dem Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich, der geplanten Wiederaufbereitungsanlage bei Cochem an der Mosel, in Autobahnen und Kohle-großkraftwerken ohne ausreichende Filter (Bexbach!) aus. Einer der größten Umweltbelasten, Landschaftsverbraucher und Energiefresser ist das Militär (Bundeswehr und alliierte Streitkräfte), das unser Land mit zahlreichen Anlagen überzieht (siehe auch »Frieden«).

Die derzeitige Wirtschaftsweise zwingt zu immer stärkerer Rationalisierung und Konzentration, die Klein- und Mittelbetriebe vernichtet, Ballungsgebiete wuchern läßt und Randgebiete entvölkert. Oftmals wird im Zuge der Rationalisierung reichlich vorhandene menschliche Arbeitskraft durch knappe Rohstoffe und Energie ersetzt. Dies schafft den einen Arbeitslosigkeit, den übrigen oft erhöhten Leistungsdruck. In vielen Arbeitsabläufen wird die Beanspruchung des Menschen immer einseitiger und läßt dadurch immer weniger Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung. Die mit der zunehmenden Kommerzialisierung aller Lebensbereiche einhergehende Entfremdung greift die sozialen und seelischen Lebensgrundlagen an, was sich in steigenden Selbstmordraten, Flucht in Drogen und einer wachsenden Orientierungslosigkeit äußert. Die Umweltkrise ist Ausdruck der auf Profit ausgerichteten Wirtschaft und des mit ihr verflochten und verflochten politischen Machtapparates.

In einem Land, in dem CDU/CSU, SPD, FDP sich stärker dieser Wirtschaftsordnung als dem Wohl des Bürgers verpflichtet fühlen, sind auch die demokratischen Grundrechte in Gefahr. Informationen und Meinungsäußerungen, die der Großindustrie unerwünscht sind, werden unterdrückt. Die derzeitige Wirtschaftsweise und Güterverteilung haben zu ungerechtfertigten Einkommensunterschieden bei uns und international zu einer großen Kluft zwischen dem »Lebensstandard« in den Industrieländern und dem der Menschen in der sogenannten Dritten Welt geführt.



Bonner Marionettenbühne?

Auf Grund ihrer Ausrichtung auf Wachstum und höchstmögliche Gewinne kann sich unsere heutige Wirtschaft nicht darauf beschränken, nur das für den Bedarf der Menschen Nötige herzustellen, sondern sie erzeugt durch manipulative Werbung zusätzliche Konsumbedürfnisse, indem sie gezielt nichtmaterielle Bedürfnisse wie Identität, Geltung und Zuneigung in Konsumverlangen umfälscht, wobei es keine Grenze zu geben scheint. Die fast schrankenlose private Verfügungsgewalt über die industriellen Produktionsmittel und das damit verbundene Profitstreben bilden eine wesentliche Ursache für die gegenwärtige Umwelt- und Wirtschaftskrise sowie für die Zwänge, die in Produktion, Politik und gesellschaftlichem Umgang miteinander herrschen.

Kurzum, die Fundamente unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüges sind nicht in Ordnung und bedürfen der Erneuerung.

Erneuerung der Fundamente

DIE GRÜNEN fordern diese Erneuerung der Fundamente notwendig in Opposition zu den in Wirtschaft und Politik herrschenden Kräften (daher »Fundamentalopposition«). Diese halten an den alten Gewohnheiten und Rezepten, insbesondere am industriellen Wachstum wie an einer Droge fest. Wachstum erlaubt ihnen, der Forderung nach gerechterer Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums auszuweichen. Wenn aber nichts mehr wächst, wenn sozial Benachteiligte nicht mehr aus dem Zuwachs an Geld und Gütern

befriedet werden können, dann stellt sich die Frage nach den Verfügungsrechten auf neue, für die gegenwärtig Herrschenden unangenehme Weise.

Dann stellt sich auch die Frage, warum die Spielregeln der Demokratie bisher kaum auf die Wirtschaft, die ökonomische Basis der Gesellschaft, angewendet worden sind.

Zwar können die Verantwortlichen für die gegenwärtige Misere für eine gewisse Zeit aufgrund ihrer Medienmacht von den tieferen Ursachen der Krise ablenken, indem sie, Schaukämpfern gleich, sich wechselseitig der Lüge bezichtigen (Rentenbetrug, Mietenlüge etc.) und indem sie Frager und Mahner nach der Methode »Haltet den Dieb« für die Folgen ihrer eigenen Mißwirtschaft haftbar zu machen versuchen (z. B. durch den Vorwurf, ausgerechnet die Umweltschutzbewegung sei am Verlust von Arbeitsplätzen schuld).

Da dieses unwürdige Spiel aber die Ursachen der gegenwärtigen Krisen nicht beseitigt, werden die auf Abhilfe drängenden Kräfte nicht auf Dauer mundtot zu machen sein – es sei denn man schafft die demokratischen Grundfreiheiten vollends ab.

DIE GRÜNEN streben den **Umbau** der profitorientierten Verschwendungswirtschaft zu einer humanen ökologischen Kreislaufwirtschaft an. Zugleich machen sie sich für die Behebung der Schäden in Umwelt, Betrieb und Gesellschaft stark.

Werden diese Aufgaben entschlossen angepackt, dann entstehen hier neue Arbeitsplätze.

Wenn wir die Schaffung von Arbeitsplätzen fordern, dann fragen wir grundsätzlich, **was** (welche Produkte), **wie** (welche Verfahren), **wo** (Raumordnung), **wofür** produziert wird und **wer** darüber bestimmt.

DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz schlagen für den Umbau des Wirtschaftssystems folgende **Instrumente** vor:

- die Einführung einer wirtschaftspolitischen Rahmenplanung
- die Schaffung von Wirtschafts- und Sozialräten
- Entflechtung von Großkonzernen
- Dezentralisierung der Produktion
- Selbstverwaltung in den Betrieben

(Die »Instrumente« werden ausführlich im Landesprogramm der GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ beschrieben).

DIE GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ stellen ein Konzept zur Diskussion, das die ökologisch und sozial ausgerichtete Zielplanung mit Selbstverwaltung und Markt verbindet.

Der »volkswirtschaftliche Gesamtplan« stimmt regionale Wirtschaften aufeinander ab. Er wird auf breiter Grundlage erarbeitet, mit Alternativentwürfen konfrontiert, innerhalb und außerhalb der Parlamente zur Diskussion gestellt und nach demokratischen Spielregeln verabschiedet.

Das setzt eine zunehmende Sachkunde breiter Bevölkerungsschichten über umwelt- und wirtschaftspolitische Zusammenhänge voraus. DIE GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ haben die Initiative für einen »**Basislernprozeß Ökonomie – Ökologie**« ergriffen, um die Kompetenz der an der haushälterischen Neugestaltung unseres Wirtschaftsgefüges interessierten Kräfte auch in praktischer Hinsicht zu verstärken (siehe auch Abschnitt »Frieden«).

Ökologisches Zukunfts- investitionsprogramm (ÖZIP)

Kurzfristig halten wir folgende Maßnahmen für durchführbar und erwünscht:

- Förderung von Betriebsgründungen selbstverwalteter alternativer Betriebe, ökologischer Bauernhöfe, Selbsthilfegruppen von Arbeitslosen
- Umstellung auf alternative Produkte (Kleinbetriebe, selbstverwaltete Betriebe)
- Umstellungshilfen für Landwirte im ökologischen Landbau
- verstärkte Förderung industrieunabhängiger Forschungs- und Entwicklungsinstitute
- Umstellung der Produktion von Rüstungsgütern auf sozial und ökologisch nützliche Güter

(über die Aufgabenbereiche im einzelnen die notwendige Verordnungstätigkeit des Staates und Finanzierungsvorschläge siehe Landesprogramm der GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ)

Die Finanzierung des ökologischen und sozialen Investitionsprogramms ist möglich, wenn ihre Vorrangigkeit im Haushalt durchgesetzt wird. Dafür werden wir kämpfen. Dazu brauchen wir Ihre Unterstützung: auf dem Wahlzettel und bei außerparlamentarischen Aktionen.

Zur Stabilisierung bestehender Arbeitsplätze und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fordern DIE GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ u. a.:

- den sofortigen Einstieg in die 35-Stundenwoche, bei abgestuftem Lohnausgleich zugunsten der unteren Einkommensschichten; in den unteren Lohngruppen muß der Lohnausgleich 100 % betragen
- Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Einschub von Ausbildungs-

phasen und Herabsetzung der flexiblen Altersgrenzen bei abgestuftem Rentenausgleich

- solche Formen der **Arbeitsplatzteilung**, die der Arbeitnehmer freiwillig wählen und mit dem Arbeitgeber vereinbaren kann, wenn sie den Beschäftigten zur autonomen Gestaltung der Arbeitszeit verhelfen und ohne Verzicht auf tarifvertraglichen und sozialversicherungsrechtlichen Schutz einführbar sind (tarifvertragliche Regelung, die dem besonderen Schutzbedürfnis der Teilzeitbeschäftigten Rechnung tragen, sind Voraussetzung)
- Verkürzung der Jahresarbeitszeit durch Verlängerung des bezahlten Urlaubs

Jugendarbeitslosigkeit:

Die Jugendarbeitslosigkeit halten wir für untragbar. Es ist kriminell, daß einer großen Zahl junger Menschen der Zugang zu einer Berufsausbildung verwehrt bleibt. DIE GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ for-

Wirtschaftsteil des Landesprogramms der GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ (Gliederung)

1. Die Krise des heutigen Wirtschaftssystems
2. Grundsätzliche Zielvorstellungen der GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ
3. Unsere Alternative: eine ökologische, dynamische Kreislaufwirtschaft
4. Konkrete Schritte
 - 4.1. Die wirtschaftspolitische Rahmenplanung
 - 4.2. Wirtschafts- und Sozialräte
 - 4.3. Selbstverwaltung
 - 4.4. Neue Unternehmensformen als Voraussetzung für die Selbstverwaltung
 - private Unternehmen
 - gesellschaftliche (selbstverwaltete) Unternehmen
 - Genossenschaften
 - kommunale und staatliche Unternehmen
 - 4.5. Einführung einer ökologischen und sozialen Buchhaltung
 - 4.6. Staatliche Aufgaben
 - 4.7. Reform des Gesellschaftsrechts (Kapitalgesellschaften)
 - 4.8. Die Entwicklung der politischen Ökonomie in der Wissenschaft
5. Arbeitslosigkeit
 - Jugendarbeitslosigkeit und Gegenmaßnahmen
 - kurzfristige Maßnahmen: ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm
6. Arbeitswelt
 - 6.1. Für menschenwürdige Arbeitsbedingungen
 - 6.2. Arbeitszeitverkürzung
 - 6.3. Die Situation der Jugendlichen
 - 6.4. Die Situation der Behinderten
7. DIE GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ und die Gewerkschaften
8. Steuern und Finanzen

Das Landesprogramm sowie das Wirtschaftsprogramm als Sonderdruck sind zu beziehen über

DIE GRÜNEN – Landesverband Rheinland-Pfalz
Landesgeschäftsstelle

Boppstraße 70 · 6500 Mainz
Telefon: 06131-678507

dern deshalb eine qualifizierte Ausbildung und Arbeit für jeden Jugendlichen mit existenzsicherndem Lohn.

Die berufliche Qualifikation der bereits Berufstätigen ist durch verstärkte Förderung unentgeltlicher Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen zu erhöhen.

Betriebe müssen eine Mindestzahl Auszubildender einstellen, so daß in einem solchen Umfang Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, daß jeder den Beruf seiner Wahl erlernen kann.

Erfüllen Betriebe nicht die Auflage, so müssen sie einen höheren Betrag als Ausbildungskosten zahlen, von dem Ausbildungsplätze und -stätten (in Selbstverwaltung) geschaffen werden.

- DIE GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ setzen sich für landesweite Förderung und Strukturmaßnahmen zugunsten alternativer selbstverwalteter Ausbildungs- und Produktionsstätten ein.
- Wir sind für die Bereitstellung von Landesmitteln, um mit alternativen Projekten die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Behinderte:

Die Quote der Behinderten in den Betrieben muß ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung entsprechen. Die Abgabe bei Nichterfüllen muß so hoch angesetzt werden, daß sich kein Betrieb die Nichterfüllung leisten kann.

Was wollen DIE GRÜNEN im Bundestag?

1. Die NATO-»Nachrüstung« verhindern

Die Landtagswahl Rheinland-Pfalz und die »vorgezogene Bundestagswahl« fallen in das »Stationierungsjahr« 1983. Die Verhinderung der Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II-Raketen ist eines der wichtigsten Projekte, das sich DIE GRÜNEN im Rahmen der Friedensbewegung vorgenommen haben. Diese Waffen sind ein Mosaikstein in einer atomaren Erstschlagsstrategie, die die USA im Krisenfall dazu verführen könnte, einen Atomkrieg für »führbar«, (auf die Sowjetunion und Europa) »begrenzbar« und für »gewinnbar« zu halten. Damit geriete selbst die offizielle Leseart vom »Gleichgewicht des Schreckens« ins Wanken. Das Versagen der atomaren Abschreckung und ihr Umkippen in einen Atomkrieg könnte noch in diesem Jahrzehnt Wirklichkeit werden!

Deshalb hat die Friedensbewegung und mit ihr haben DIE GRÜNEN sich vorgenommen, die Notbremse zu ziehen.

Die anderen Parteien (CDU, SPD, FDP) wollen keinen Raketenwahlkampf — DIE GRÜNEN wollen keine Raketen — das ist der Unterschied.

Die Stimme für DIE GRÜNEN am 6. März ist auf Landes- und Bundesebene eine Stimme des Widerstands gegen die Stationierung der NATO-»Nachrüstungswaffen«. Wir werden eine Regierung nur dann tolerieren, wenn sie die Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zum »Nachrüstungs«-Beschuß vom 12. 12. 1979 zurücknimmt.

Die Verhinderung der Raketenstationierung wäre ein Schritt zur Umkehr vom Rüstungswettlauf zur Abrüstung.

2. Für echte Abrüstung eintreten nach der Formel der internationalen Friedensbewegung:

»bei uns damit anfangen«

Wir lassen uns weder auf die Rechtfertigungen des Westens noch des Ostens für ihre wahnwitzigen Rüstungsprogramme ein. Wir machen uns vielmehr dafür stark, daß die Massenvernichtungssysteme überall auf der Welt aus der Sicht der künftigen und aktuellen Opfer (der »Endverbraucher«) gesehen, verurteilt und bekämpft werden, ganz gleich, ob es sich um US-Waffen auf deutschem Boden, um die SS-20 der Sowjetunion, die Pluton- oder Hadès-Raketen der Franzosen oder die von Großbritannien eingeplanten Trident-Raketen handelt.

Wir verurteilen den Krieg der Sowjetunion gegen die afghanischen Befreiungsbewegungen genauso scharf wie die verdeckten Kriege der USA gegen die Völker von Nicaragua und El Salvador. Aber wir lassen uns nicht mehr mit irrationalen Feindbildern gegen den »Iwan« aufhetzen. Wir wissen, daß es nur zwei Wege gibt: Entweder dreht sich die Rüstungsspirale, bis sie in einem die Menschheit auslöschenden Atomkrieg endet oder wir gehen einseitig einen ersten Schritt in Richtung vollständige Abrüstung, eine angesichts der Waffenberge gerade in unserem Land längst fällige Maßnahme!

3. Für Blockfreiheit, für ein atomwaffenfreies Europa, für das Ernstnehmen von Abrüstungsinitiativen eintreten

DIE GRÜNEN werden sich auch im Bundestag für eine Politik der Blockfreiheit, für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen und für das Ernstnehmen von Abrüstungsangeboten einsetzen.

Die Blockfreiheit muß mit der »Entblockung der Gehirne« beginnen. Wir werden Plenardebatten über laufende Abrüstungsverhandlungen erzwingen. Z. B. würden wir die erklärte Bereitschaft des Generalsekretärs der KPdSU, Andropow, einen Teil der SS-20-Raketen zu verschrotten wenn die entsprechenden Raketen der USA, Frankreichs und Großbritanniens gleichermaßen reduziert werden, für ein wichtiges Signal halten, das Abrüstungsbereitschaft anzeigt. Daß Reagan kurz danach den Chef der Abrüstungsbehörde, Rostow, feuerte, ist demgegenüber ein Alarmzeichen für mangelnde Abrüstungsbereitschaft. Wir in Europa sollten allerdings nicht zuviel von den Verhandlungsmanövern der Supermächte erwarten, sondern aus eigenem Antrieb Zeichen setzen.

4. Für den Ausstieg aus der Atomenergie eintreten

Keine Bundesfinanzierung, keine staatlichen Finanzierungsgarantien für Projekte wie der Schnelle Brüter Kalkar, Wiederaufbereitungsanlagen oder sonstige Anlagen zur Erzeugung von Atomstrom. Stattdessen für schonende Energiegewinnung (sanfte, erneuerbare Energien gekoppelt mit Energiesparmaßnahmen). Bei Kohlekraftwerken: Umweltauflagen nach dem Stand der Technik; kleinere Einheiten auf der Basis des Wirbelschichtverfahrens (siehe Landtagsprogramm Energie).

5. Für Umweltschutz,

insbesondere eine umwelterhaltende, rohstoffsparende Wirtschaftspolitik! Gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen: insbesondere für ein **Sofortprogramm gegen das Waldsterben.**

6. Für faire, nichtausbeuterische Verträge zur Beschaffung notwendiger Rohstoffe;

gegen Verschwendung in Industrieproduktion und Konsum sowie gegen militärischen Druck auf die Rohstofflieferländer. So werden wir alle Pläne zur Militarisierung der EG aufdecken und auch im Bundestag bekämpfen.

7. Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch Zukunftsinvestitionen

(vgl. hierzu den Wirtschaftsteil dieses Informationsblattes und das ausführliche Programm der GRÜNEN:

Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau

zu bestellen bei

DIE GRÜNEN
Bundesgeschäftsstelle
Colmantstraße 36
5300 Bonn 1, Telefon 0228-692021)

DIE GRÜNEN setzen sich für die Entwicklung und Förderung alternativer Produkte, Projekte, Arbeits- und Lebensformen ein sowie für die gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit; damit zugleich gegen Verschwendungskonsum, Fremdbestimmung am Arbeitsplatz und wirtschaftlich einkalkulierte Arbeitslosigkeit.

8. Für die Aufdeckung der Ursachen der gegenwärtigen Strukturkrise, der Arbeitslosigkeit, steigender Mieten und Lebensmittelpreise!

Wir werden die wirklichen Ursachen der Misere auch im Bundestag beim Namen nennen und damit der von den derzeitigen Bundestagsparteien zur Zeit bis zum Erbrechen betriebenen Politik der wechselseitigen Schuldzuweisungen konstruktive Programme zur Veränderung der Situation entgegensetzen.

9. Mehr Basisdemokratie wagen!

GRÜNE Politik zielt darauf ab, die Elemente dezentraler und direkter Demokratie zu verstärken.

So gilt es,

- von unten kontrollierte, bürgernahe Selbstverwaltungen zu schaffen und der zunehmenden Monopolisierung der wirtschaftlichen Macht, der wachsenden Bürokratisierung und Zentralisierung der Verwaltung sowie dem Ausbau und der Brutalisierung der Polizeigewalt entgegenzuwirken;
- eine rückhaltlose, rechtzeitige und verständliche Information des Bürgers über alle Verwaltungsmaßnahmen durchzusetzen;
- die Kontrollrechte der Öffentlichkeit durch stärkere Einbeziehung des Bürgers und durch das Klagerecht für Initiativen und Verbände auszubauen;
- die Kriminalisierung berechtigten politischen und sozialen Widerstandes und die Aushöhlung des Demonstrationsrechtes zu beenden;
- die Massenmedien weit für die sozialen Bewegungen zu öffnen;
- auch Minderheiten und fundamental kritische Meinungen in den öffentlich-rechtlichen Medien zur Selbstdarstellung kommen zu lassen und den Zugriff der Medienkonzerne auf Rundfunk und Fernsehen zu verhindern;
- die Breitbandverkabelung und die computerisierte Datenerfassung als Instrument zunehmender Isolierung, Kontrolle und Verängstigung des Bürgers zu verhindern.

Die herrschende Politik darf nicht länger Vorschub leisten für die Isolation und die Entrechtung unserer ausländischen Mitbürger.

Wir GRÜNEN verteidigen das Asylrecht für politisch Verfolgte und verurteilen seinen restriktiven Gebrauch.

10. Wofür wir Verantwortung wollen und wofür nicht

Wir GRÜNEN sind grundsätzlich **bereit**, politische Verantwortung zu übernehmen, um unsere Ziele durchzusetzen.

Wir sind jedoch **nicht** bereit, die Fortsetzung der lebensbedrohenden Politik, wie sie von den derzeit im Bundestag vertretenen Parteien praktiziert wird, mitzuverantworten.

Wir fordern diese Parteien zu öffentlichen Gesprächen auf, um auszuloten, ob es möglich ist, überlebenswichtige Ziele durch sachbezogene Zusammenarbeit von Fall zu Fall mit ihnen durchzusetzen.

Die zahlreichen Abgeordneten in den Landes- und Kommunalparlamenten beweisen tagtäglich, daß sie zu einer solchen Zusammenarbeit im Dienste der Menschen bereit sind. DIE GRÜNEN werden aber keinen Kanzler wählen und keine Regierung unterstützen, die das Rüstungs- und Atomprogramm fortsetzen und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen weiter den Bedürfnissen der Profitwirtschaft unterordnen. Wir verweigern uns jedem »Fortschritt« in die falsche Richtung. Wir wissen aus Erfahrung, daß mit »ein bißchen ökologischer Vernunft« und »ein bißchen Frieden« nichts zu machen ist, weil es nicht »ein bißchen Krebs« und »ein bißchen Tod« geben kann.

Wir wollen nicht helfen, die industrielle Großproduktion und die bürokratischen Institutionen zu reparieren. Wir werden uns nicht vorschreiben lassen, wo wir unsere noch zu geringen Kräfte ansetzen.

Dadurch wird die Bundesrepublik nicht unregierbar, sondern wir setzen parlamentarisch und außerparlamentarisch all unsere Kraft ein, damit anders regiert wird; denn wir wollen **nicht kaputtregiert** werden!

Geben Sie bitte beide Stimmen den GRÜNEN, zumindest aber die Zweitstimme. Sie entscheidet mit, ob wir die 5 %-Hürde überspringen und in den Bundestag einziehen.



und IN DEN BUNDESTAG!